



Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altwater, Dieter Boris, Tatjana Chahoud, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Thomas Fues, Bernd Hamm, Gunther Hilliges, Uwe Hoering, Hartwig Hummel, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Herbert Schui, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich

In der gegenwärtigen Entwicklungsdekade hat die Diskussion um die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) viele entwicklungspolitische Analysen und Projekte auf sektorale Politikbereiche („policy areas“) wie Bildung und Gesundheit oder Sonderbereiche wie HIV/Aids konzentriert. Die Politik der Armutsbekämpfung wird nicht makroökonomisch als Beschäftigungs- und Sozialpolitik gefasst, sondern ist auf Instrumente der Sozialpolitik verengt, teilweise im Zusammenhang mit der – durchaus berechtigten – Begeisterung für die Sozialtransfers in Lateinamerika – *Progres*a in Mexiko und *Bolsa familia* in Brasilien. Darüber ist die lange Tradition einer Erörterung der Rolle des Staates und der Ausgestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Entwicklungsländern aus dem Blickfeld geraten. Dies ist der Hintergrund, vor dem Gabriele Köhler einen Überblick über die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Südasien gibt und eine wohlfahrtsstaatliche Einordnung der Region vornimmt.

welfare states (Kwon 2005). Beim früheren kolonialen „developmental state“ sei es um Akkumulation für die Kolonialmacht gegangen, bei dem aber auch öffentliche Güter für die Kolonien entstanden. Während es beim „post colonial, predatory developmental state“ zwar auch um Entwicklungspolitik mit sozialpolitischen Faktoren

Millenniumsziele: 5 bis 2015

Wirtschafts- und Sozialpolitik in Südasien:

Wohlfahrtsstaatlichkeit – Kein Privileg des Nordens

1. Südasien und Wohlfahrtsstaatlichkeit

Seit Jahrzehnten gibt es in Südasien Fünfjahrespläne mit eingebetteten Sozialpolitikbereichen, in denen, wie zu illustrieren ist, das Konzept von wohlfahrtsstaatlicher Verantwortlichkeit durchaus eine Rolle spielt. Die MDG-Agenda konnte hier an Traditionen wie die „global health mission“ oder die öffentlichen Beschäftigungsprogramme in Indien anknüpfen, oder an die Sozialrenten in Nepal (Köhler/Stirbu 2008).

Südasien bietet sich auch deswegen für eine „Revue“ an, weil die acht Länder – Afghanistan, Bangladesh, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka – sich, allen Konflikten zum Trotz, zunehmend als Region begreifen, was formell Ausdruck findet in der *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC), aber auch handfest zu zunehmenden „policy transfers“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen den Ländern führt. So hat z.B. das Gipfeltreffen der SAARC-Länder 2010 beschlossen, sich die Gesetzgebung für soziale Sicherung in einer Kommission näher anzuschauen, um zu einem gemeinsamen Ansatz zu kommen.

Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik entstand in Südasien ansatzweise schon im 19. Jahrhundert, z.B. in Form der Schul-

pflucht und Gesundheitsversorgung in Kerala und Tamil Nadu. Das islamische Postulat des Zakat – öffentlich organisierter sozialer Transfers aus den Einkommen der Oberschicht – ist in Bangladesh, Pakistan und den Malediven eine Institution und wurde in den 1980er Jahren in Pakistan zu einem öffentlichen Transfer gemacht. Während und nach der Unabhängigkeitsbewegung vom Indian Empire hatte der Fabianismus Einfluss, der ab den 1950er Jahren in Indien mit Elementen der sowjetischen Planwirtschaft gepaart wurde.

2. Wohlfahrtsstaat – theoretische Ansätze

Ein Zusammendenken von Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem Wohlfahrtsstaat (bzw. Sozialstaat) hat in Europa eine lange Geschichte. Die Frage stellt sich aber, ob andere Weltregionen auch endogen und regional ausgeprägt einen *welfare state*-Ansatz verfolgen.

Prägend in Diskussionen der 1990er Jahre war Esping-Andersens (2006) Klassifizierung von dreierlei Idealtypen – dem liberalen, dem korporatistischen, und dem universalistisch-sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat. Dieses Konzept entwickelte er für Europa, aber die Klassifizierung dient im Folgenden als Ausgangspunkt für eine Einordnung der Staaten in Südasien.

Die Staatstheoriediskussion in Asien spricht von *developmental states* und interessanterweise auch von *developmental*

gehe, die Ergebnisse aber primär der persönlichen Aneignung – oder gar Bereicherung – der führenden Schichten dienten (Mehrotra/Delamonica 2007). Die meisten analytischen Ansätze betonen deswegen zugleich die Bedeutung von Mitsprache und *citizenship* und eine Beteiligung der Bürger an der Definition und Gestaltung von öffentlichen Gütern, wenn es um die Definition eines Wohlfahrtsstaates geht (Mehrotra/Delamonica 2007; Kabeer 2005; Saith 2008).

Schaubild 1: Südasien



Grenzen und Staatsbezeichnungen beinhalten nicht notwendigerweise eine Anerkennung durch die Vereinten Nationen.

Box 1: Idealtypen des Wohlfahrtsstaates nach Esping-Andersen

● **Liberaler Wohlfahrtsstaat:** mit einkommensabhängiger Sozialhilfe, in der Form kleiner Sozialtransfers oder Sozialversicherung, mit Leistungen hauptsächlich für Niedriglohngruppen in der Arbeiterklasse. Die Sozialtransfers werden oft als stigmatisierend angesehen.

● **Korporatistisch-etatistisch:** Betonung auf einem Erhalt der Statusunterschiede; familienorientiert, konservativ; minimale familienbezogene soziale Dienstleistungen.

● **Universalistisch:** Egalität auf höchstem Niveau, mit einem universellen Versicherungssystem. Alle Bürger profitieren, alle zahlen Beiträge. Hoher Anteil sozialer Dienstleistungen. Kindergeld, da der Staat sich in der Verantwortung sieht, Familien zu unterstützen. Zugleich Anspruch, Vollbeschäftigung zu sichern.

Wirtschafts- und sozialpolitische Ansätze werden im Diskurs in Südasiens meist als Einheit behandelt. Sozialpolitik, Armutspolitik oder soziale Sicherung sind relativ weit gefasst, anders als im europäischen Interventionskatalog, wo Sozialpolitik meist als eigenständiger Politikbereich behandelt und häufig auf „soziale“ Belange begrenzt wird. Tabelle 1 gibt dazu eine Auswahl von Begriffsfassungen von einflussreichen Analytikern in Südasiens. Zur Kontrastierung dient die Perspektive von Leisering et al (2006).

3. Klassische staatliche Institutionen in Südasiens

Wie präsentiert sich in Südasiens der Staat konkret? Zentral ist die Rolle des Staates zunächst in der Wirtschaftspolitik oder Entwicklungsstrategie. In allen acht Ländern gibt es eine Plankommission, die als entwicklungspolitische Strategie, meist ausgehend von einem Konzeptpapier („approach paper“), Fünfjahrpläne entwickelt (Box 2). Das Konzeptpapier wird der parlamentarischen, der allgemeinen und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt, in den entwicklungshilfeabhängigen Ländern auch mit den Gebern abgestimmt und in den Medien detailliert analysiert. Das Machtverhältnis zwischen Plankommission und Finanzministerium ist nicht klar umrissen.

Die Plankommissionen sehen den Budgetprozess des Finanzministeriums als Ausföhrung ihrer Planvorgaben, wenn sie erst einmal vom Parlament verabschiedet sind. Die Finanzministerien wiederum sehen den Plan lediglich als ein Konzept, das den endgültigen Entscheidungen des Finanzministers unterworfen ist und sehen eher die Budgetprozesse in Kabinett und Parlament als ausschlaggebend an. Doch jenseits der institutionellen Fragen ist es der Staat, der in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung die dominante Rolle einnimmt.

Was speziell die Sozialpolitik angeht, so definieren die Verfassungen der Länder Südasiens den Staat explizit oder implizit als zur Wohlfahrt des Bürgers verpflichtet

– teils direkt wie in Indien oder Nepal, teils indirekt wie in Bangladesh und Pakistan. In Bangladesh ist der Staat am wenigstens in der Sozialpolitik aktiv engagiert.

In Indien und Nepal wird dieser sozialpolitische Anspruch von einer breitgefächerten Antidiskriminierungspolitik begleitet. Diese verbietet Kastendiskriminierung und macht sie juristisch strafbar. Es gibt politische und bildungspolitische Gleichstellungs-gesetzgebung für Frauen und für Mitglieder benachteiligter Kasten und ethnischer Minderheiten (sog. „tribals“) und es gibt monetäre Sozialtransfers speziell für benachteiligte Gruppen.

Ein wohlfahrtsstaatlich orientierter Ansatz drückt sich auch in der Fiskalpolitik aus. Der Anteil der Sozialausgaben im Staatshaushalt liegt in allen südasiatischen Ländern bei mindestens 30%. Dies übersteigt die progressiven Vorgaben der Kopenhagener UN-Konferenz von 1995, nach der mindestens 20% des Budgets Sozialausgaben zugeschrieben werden sollten.

Allerdings sind die Staats- und Steuerquoten in Südasiens niedrig. Die Steuerquote liegt im Südasiendurchschnitt bei 12% und nur in den Malediven und Sri Lanka darüber (UNICEF ROSA South Asia Fiscal Budget database). Aufgrund der niedrigen Staatsquote sind daher die Pro-Kopf Ausgaben in der Mehrzahl der Länder sehr niedrig. Nimmt man als Richtgröße Empfehlungen internationaler Organisationen, so entsprechen lediglich Bhutan, die Malediven und teilweise Sri Lanka den Vorgaben. Die WHO empfiehlt nämlich als Richtgröße 40 US-

Box 2: Überblick über Fünfjahrpläne in Südasiens

● Indien

* 11. Fünfjahrplan (2008-13)

● Bangladesh

* Bangladesh National Strategy for Accelerated Poverty Reduction (PRSP) II (2009-11);

* Perspective Plan (2010-2021)

● Pakistan

* 10. Fünfjahrplan (2010-2015)

* Vision 2030

● Bhutan

* 10. Fünfjahrplan (2008-13)

● Nepal

* Three Year Interim Plan (PRSP) (2007/8-2009/10);

* Three Year Development Plan (2010/11-12/13) (in Vorbereitung)

● Sri Lanka

* New Development Strategic Framework for Economic Growth and Poverty Reduction (2005-8)

● Malediven

* 7. Entwicklungsplan (2007-2011)

* Manifesto 2009

● Afghanistan

* Interim National Development Strategy (2006/7);

* Afghanistan National Development Strategy (ANDS) (2008-13)

– zugleich als Plan für die MDGs konzipiert, die hier bis 2020 laufen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Dollar pro Kopf für Grundgesundheitsdienstleistungen, und das UN-Millenniumsprojekt schätzt, dass Bildungsausgaben – auf die Gesamtbevölkerung umgelegt – mindestens 10-15 US-Dollar pro Kopf betragen müssten.

4. Neuere Tendenzen: Der rechtebasierte Ansatz

In den letzten Jahren lässt sich in ganz Südasiens eine stärkere normative Referenz auf die Grundrechte ausmachen. Dies kann u.a. auf neuere politische Konstellationen zurückgeführt werden. Gewisse Machtverschiebungen zugunsten ausgegrenzter Personengruppen deuten sich an – getragen durch Nichtregierungsorganisationen. Außerdem entsteht über die indirekten und direkten Folgen der immensen Einkommenspolarisierung Druck, der es für die Eliten notwendig erscheinen lässt, sozialpolitische Zugeständnisse zu machen. *Dignity* – Menschenwürde – und Universalismus werden häufig als Grundmaxime zitiert (Saith 2008).

Box 3: Staatliche Verpflichtungen in Südasiens

● **Indien 1948:** „state to secure a social order for promotion of welfare of the people“ (Art. 38, in Directives)

● **Nepal 1951:** „social order and social conditions for citizens“ (Art. 4 & 5, Directives)

● **Bangladesh 1971:** „higher standard of living and basic needs of all citizens through planned development“ (Art. 15)

● **Pakistan 1973:** „Promotion of social justice and eradication of social evils“; 1980: Zakat and Ushr Ordinance

● **Malediven 1980:** „Economic and social rights“ (food, clothing & housing, health care, environment, communications, se-wage; right to education; protection of the young and the old)

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Besonders ausgeprägt ist der *rights-based approach* in Indien (siehe z. B. Srivastava 2008). Dort beschloss 2004 eine linke Koalitionsregierung – die *United Progressive Alliance* – ein *Common Minimum Programme*. Seit 2005 sind sechs grundlegende Gesetzesänderungen in den Bereichen Recht auf Information, auf Bildung, auf Grundnahrungsmittel, ein Recht auf Schulspeisung, ein Recht auf Beschäftigung in ländlichen Gebieten und ein Recht auf soziale Grundsicherung auszumachen, die zusammen ein verändertes Selbstverständnis der Rechte der Bürger gegenüber dem Staat einläuten könnten.

Varianten dieser Entwicklung finden sich auch in den anderen Ländern Südasiens: Mehrere Länder haben ähnliche rechtebasierte Ansätze in die Gesetzgebung und die neueren sozialpolitischen Pläne eingeföhrt oder erwägen sie – ein weiterer Hinweis auf Ähnlichkeiten in einer wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung. Beispiele sind das Recht auf Information in Nepal und Bangladesh und

Tabelle 1: Wohlfahrtsstaaten in Südasien – Versuch einer Klassifizierung

Länder	Liberal: Einkommensabhän- gige Sozialtransfers mit kleinen Leistungen	Islamisch-korporati- stisch: primäre soziale Verantwort- lichkeit bei Familie/ Gemeinde	Universalistisch: Anrecht auf Sozial- transfers als Bürger, universell	„Grassroots welfare“: kategorische Be- rechtigung zu Sozial- transfers, ausgeführt von NGOs
Afghanistan		seit 2006		
Bangladesch				seit Unabhängigkeit
Bhutan			Bhutan	
Indien	1948-2004		seit 2005	
Malediven	seit 2009		bis 2008	
Nepal	1951-2005		seit 2006	
Pakistan	seit 2009	bis 2008		
Sri Lanka			seit 1930	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

die Einführung des Konzepts garantierter Beschäftigung in Bangladesh, Nepal und Pakistan (Köhler, Cali, Stirbu 2009). Zusammenfassend kann Südasien, zumindest vom theoretischen oder politischen Ansatz her, ein langsamer Übergang von einer „liberalen“ zu einer „universalistischen“ Variante des Wohlfahrtsstaats bescheinigt werden - wenn auch mit niedrigen Leistungen, die durch die niedrige Staatsquote bedingt sind.

Wird die Esping-Andersen'sche Klassifizierung mit in die Betrachtung aufgenommen, so könnten in vereinfachender und abgewandelter Form vier Typen von welfare states oder *welfare regimes* in Südasien ausmacht werden (Tabelle 1).

Sri Lanka ist seit jeher, dem Anspruch nach, universalistisch, mit sozialen Transfers und grundsätzlich kostenloser Bildungs- und Gesundheitsgrundversorgung (Dunham 2008). Ähnliches gilt für Bhutan und bis vor kurzem für die Malediven. Indien und Nepal haben einen wohlfahrtsstaatlichen Ansatz, aber die geringen Leistungen, und die bisherige Ausgrenzung des informellen Sektors ordnen diese Länder eher der „liberalen“ Gruppe zu. Es lässt sich aber in den letzten Jahren ein Trend zu einem universalistischen Ansatz ausmachen. So werden in Indien im Zusammenhang mit dem *Common Minimum Programme* der Kongresspartei und in Nepal in der Übergangsregierung seit Ende des Bürgerkriegs immer umfassendere Sozialtransfers vom Parlament verabschiedet.

In Pakistan ist zudem seit der Einführung des *Benazir Income Support*-Programms (seit 2009) eine strukturelle Veränderung weg von den islamisch-karitativen Zakat-Transfers zu Sozialtransfers auf der Grundlage von citizenship zu beobachten. Dem steht der traditionelle Ansatz in Afghanistan – der bis vor kurzem auch in Pakistan galt – gegenüber. In dieser Tradition ist der Staat nur für die am meisten Benachteiligten und für „Märtyrerfamilien“ aus den Bürgerkriegen „zuständig“.

In Bangladesh werden soziale Dienstleistungen seit der Unabhängigkeit, die meist als soziale Revolution begriffen wird, grobenteils durch Nichtregierungsorganisationen gewährleistet (Mahmud 2008). So kann vielleicht von einem *grassroots welfare state* gesprochen werden, bei dem der Staat zwar für Wirtschafts- und Sozialpolitik konzeptionell zuständig ist, aber Sozialtransfers primär außerstaatlich geleistet werden.

5. Umsetzung und Wirksamkeit

Wie sieht es aber mit der wirtschafts- und sozialpolitischen Umsetzung aus? Erreichen die aufgelegten Programme die Bevölkerung und verbessern ihren Lebensstandard? Die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts sind seit Ende der 1990er hoch und ließen immer bessere sozial- und entwicklungspolitische Ergebnisse erwarten. Jedoch ist die Einkommensverteilung zunehmend polarisiert. Über 75% der Bevölkerung in Südasien haben ein Tageseinkommen von weniger als 2 US-Dollar pro Tag, und die Gini-Koeffizienten liegen bei über 4.

Die Sozialindikatoren weisen gemischte Ergebnisse aus. In Bhutan, den Malediven, Sri Lanka, Bangladesh und Teilen Südindiens verbessern sich die Sozialindikatoren, während sie in Afghanistan, Nepal und Pakistan strukturell und historisch extrem niedrig liegen (v.a. bei Ernährung, Mütter- und Kindersterblichkeit). Die höchsten Mütter- und Kindersterblichkeitsarten haben im internationalen Vergleich Afghanistan und Pakistan. Die Millennium-Entwicklungsziele sind insgesamt, für ganz Südasien, in diesen Bereichen gefährdet. Ausgedrückt im Human-Development-Index zeigt sich zwar seit 1990 ein aufsteigender Trend, aber insgesamt liegt Südasien weit unter seinem sozialpolitischen Potential (Schaubild 2).

Dieses Auseinanderklaffen von Anspruch – wohlfahrtsstaatliche Verpflichtungen – und schwachen sozialpolitischen Ergeb-

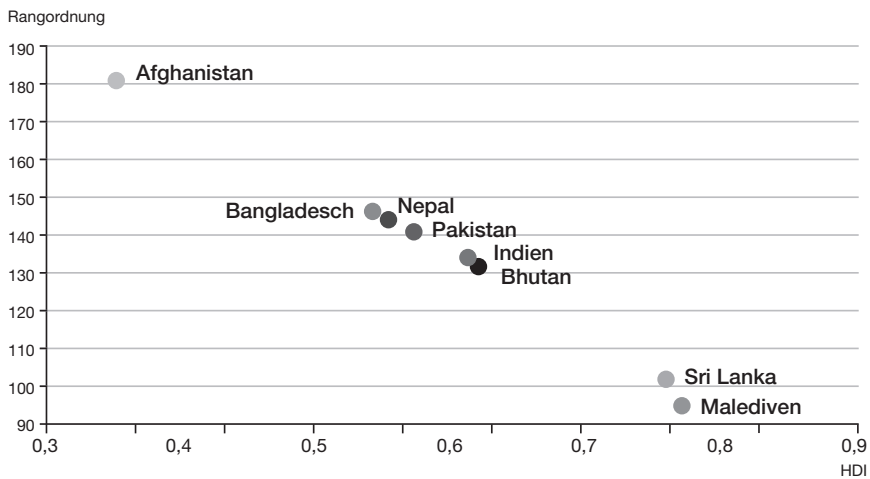
nissen, vor allem wenn Daten nach Identitäten desaggregiert angeschaut werden – wird oft als Südasien Paradoxon bezeichnet. Die Gründe für die gemischte Performance sind komplex:

- *Zum ersten* rühren sie aus der systemischen, strukturellen sozialen Ausgrenzung, die ihrerseits ökonomische Folgen hat. Die Ausgrenzung nimmt vielfache Formen an: das Kastensystem, Genderunterdrückung, Ausgrenzung ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten, die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und die Nichtachtung und Missachtung von Kindern. Soziale Ausgrenzung verdichtet sich meist regional und kumuliert vielschichtig vor allen bei Frauen und Kindern aus benachteiligten Gruppen (Köhler/Namala 2010). Ausgegrenzte Gruppen sind benachteiligt im Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsdienstleistungen. Ihnen ist der Zugang zu Bodeneigentum verwehrt und sie finden Beschäftigung nur in den schlecht bezahlten, als entwürdigend angesehenen Tätigkeiten. Die Gleichstellungspolitik greift nicht.

- *Zum zweiten* sind die verschiedenen Bereiche der Sozialpolitik nicht miteinander verkoppelt. Bildungspolitik und Gesundheitspolitik werden nicht als verschränkt gesehen, obwohl es seit Jahrzehnten zum Grundwissen gehört, dass z.B. qualitativ gute Schulbildung von Mädchen direkte positive Auswirkung auf die Gesundheit ihrer späteren Kinder hat. Synergien bleiben aus, weil Ministerien hermetisch voneinander getrennt agieren und weil Entwicklungshilfegelder ebenfalls ministerienbezogen vergeben werden, da die meisten bi- und multilateralen Geldgeber sektorspezifisch handeln.

- *Drittens* sind die schwachen Ergebnisse eine Folge der – oft mit Wohlfahrtsstaatsmodellen in Verbindung gebrachten – staatlichen Zentralisierung. Aufgrund mangelnder Vorgaben und Verpflichtungen zur Rechenschaftslegung sieht sich der Staat

Schaubild 2: Rangordnung Südasiens im Human-Development-Index (HDI)



Quelle: UNICEF-ROSA nach UNDP

ungenügend angehalten, Qualität oder materielle soziale Gerechtigkeit – Wohlfahrt eben – zu gewährleisten (Mehrotra/Delamonica 2007). In Indien z.B. sind die Zuteilungen des Unionsbudgets zu Ungunsten der ärmsten Bundesstaaten gewichtet. Indiens *Common Minimal Programme* etwa kritisiert, dass in der Vergangenheit die Staaten Bihar, Assam und Uttar Pradesh niedrigere Pro-Kopf-Zuteilungen aus dem Staatshaushalt bekamen und verpflichtet sich, dies im 11. Entwicklungsplan zu ändern (United Progressive Alliance 2004). Hinzu kommt erschwerend ein Verfahren in der staatlichen Haushaltspolitik, nach dem die dezentralen und kommunalen Ebenen sog. *matching funds* aufbringen müssen, ohne die Bundesmittel nicht ausgeschüttet werden. Wie bei fast jedem zentralisierten System sind sozial ausgegrenzte Regionen besonders benachteiligt, weil sie wenig Finanzkraft besitzen.

● *Viertens* ist mit Ausnahme von Bangladesh und einigen wenigen Bundesstaaten in Indien die Zivilgesellschaft schwach. Aufgrund von Armut, ökonomischer und sozio-kultureller Ausgrenzung und Mangel an Information können Bürger sich nicht systematisch zu Wort melden. Ohne aktive Bürgerteilnahme aber gibt es keine wirkliche „Wohlfahrt“. Mit anderen Worten: Der Wohlfahrtsstaat kann seinen Selbstanspruch nicht paternalistisch einlösen, sondern muss sich demokratisch und partizipatorisch gestalten. Deswegen ist auch das Recht auf Information ein zentrales Element der Sozialpolitik. Zudem ist ein Augenmerk darauf zu richten, ob die zukünftige Performance der welfare states von diesem neuen Politikelement günstig beeinflusst sein wird.

6. Wohlfahrtsstaaten und MDG-Politik in Südasien

Sind die Länder Südasien Wohlfahrtsstaaten, und hat der Wohlfahrtsstaat in dieser Region eine spezifisch südasienische Ausprägung? Die Ansätze dazu sind da: Von den programmatischen Zielset-

zungen und Institutionen der Wirtschaftspolitik, Entwicklungsstrategie und Sozialpolitik her lassen sie sich als *welfare states* einordnen. Allerdings ist der Anspruch für die Mehrheit der Bevölkerung nicht eingelöst. Es handelt sich um schwache *welfare states* mit sehr ungleich verteilten Wohlfahrtsergebnissen in den Bereichen Armut, Einkommensverteilung, soziale Inklusion und Partizipation. Für die Politik um die MDGs hat das zwei Folgen: Für die Entscheidungsträger ergibt sich die Chance, holistische Politikansätze durchzusetzen statt der dissoziierten Sektorpolitiken, die mit der Millenniumsmethodologie einhergehen. Für die Bürger birgt dies einen Hebel, eine echte Umsetzung der Millenniumsziele einzufordern.

Gabriele Köhler □

Gabriele Köhler ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Visiting Fellow am Institute of Development Economics (IDS) in Sussex mit dem Forschungsschwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik in Südasien. Dieser Artikel entstand im Rahmen eines Vortrags an der Universität Bielefeld, Institut für Weltgesellschaft. Lutz Leisering, Ines Vitić, Aniruddha Bonnerjee, Sarah Cook und Axel Weber haben mit einschlägigen Kommentaren frühere Fassungen beeinflusst. Anoop Singh Gurung trug statistische Daten bei. (office@gabrielekoehler.net)

Literatur:

- * ADB, 2009: *Asian Development Outlook* (über: www.adb.org)
- * De Haan, Arjan/Gita Sabharwal, 2008: South and East Asian Policy Experience. Politics and Institutions in the Extension of Social Security, in: *Indian Journal of Human Development. Special Issue on Universalization of Socio-economic Security: South Asian Perspectives*, Vol. 2 No. 1, pp 62-78
- * Dunham, David, 2008: Politics, Economic Policy and Social Provisioning: Growth and Dismantling of the Welfare State in Sri Lan-

ka, in: *Indian Journal of Human Development. Special Issue*, op cit., pp 93-110

* Esping Andersen, Goesta, 2006 (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Polity Press: Cambridge

* Kabeer, Naila (ed.), 2005: *Inclusive Citizenship. Meanings and Expressions*, Raj Press: New Delhi

* Köhler, Gabriele/Mariana Stirbu, 2008: *Reaching the MDGs in South Asia: An Inventory of Public Policies to Overcome Social Exclusion*, UNICEF ROSA (über: www.unicef.org/ROSA)

* Köhler, Gabriele, 2006: Paradox of the Southasian welfare state, in: *Himal Southasia*, Vol. 19, No. 6/September, pp 37-41 (über: www.himalmag.org/archives)

* Köhler, Gabriele/Marta Cali/Mariana Stirbu, 2009: *Social protection in South Asia: A Review*, UNICEF ROSA (über www.unicef.org/ROSA)

* Köhler, Gabriele/Annie Namala, 2010 (in Arbeit): *Policies for Social Inclusion*, Centre for Inclusive Policy: Delhi

* Leisering, Lutz/Petra Buhr/Ute Taiser-Diop, 2006: *Soziale Grundsicherung in der Weltgesellschaft*, Transcript Verlag

* Mahmud, Wahiduddin, 2008: Social Development in Bangladesh: Pathways, Surprises and Challenges, in: *Indian Journal of Human Development. Special Issue*, op cit., pp 79-92

* Mehrotra, Santosh/Enrique Delamonica, 2007: *Eliminating Human Poverty. Macroeconomic and Social Policies for Equitable Growth*, Orient Longman: Hyderabad

* Ortiz, Isabel (ed.), 2001: *Social Protection in Asia and the Pacific*, ADB: Manila

* Right to Food Campaign (Secretariat), 2007: *Employment Guarantee Act, A Primer*, New Delhi (über: www.rtf.org)

* *Right to Information Act*, India (über: http://rti.gov.in/)

* SAARC (Secretariat): *Social Charter* (über: www.saarc-sec.org)

* Saith, Ashwani, 2008: Towards Universal Socio-economic Security: Strategic Elements of a Policy Framework, in: *Indian Journal of Human Development. Special Issue*, op cit, Vol. 2 No. 1, pp 9-38

* Srivastava, Ravi, 2008: Towards Universal Social Protection in India in a Rights-based Paradigm, in: *Indian Journal of Human Development. Special Issue*, op cit, Vol. 2 No 1, pp 111-132

* Tharoor, Shashi, 2003: *Nehru. The Invention of India*, Viking/Penguin: New Delhi

* UNDP, 2009: *Human Development Report 2009*, OUP: New York (über: www.undp.org)

* UN ESCAP, 2010: *Economic and Social Survey of Asia and the Pacific 2010. Sustaining Recovery and Dynamism for Inclusive Development*, United Nations: Bangkok (über: www.unescap.org)

* UNICEF Regional Office for South Asia (ROSA), lfd., Fiscal budget data base

* United Progressive Alliance, 2004: *National Common Minimal Programme of the Government of India*

* Webseiten der nationalen Plankommissionen

* Wikipedia für Staatsverfassungen